

9.52

Bundesrätin Dr. Heidelinde Reiter (Grüne, Salzburg): Herr Präsident! Herr Vizekanzler! Werte Kollegen und Kolleginnen! Werte Damen und Herren an den Bildschirmen! Das Thema heißt „Aufschwung Standort Österreich“. – Aufschwung ist etwas, das immer auch mit Stimmung, mit Vertrauen zu tun hat. Eine Neubesetzung, eine Veränderung, wie sie jetzt in der Regierung stattgefunden hat, kann hier durchaus positive Wirkung entfalten. Der Placebo-Effekt in der Medizin ist ja auch unumstritten, kaum ein Medikament erreicht eine ähnliche Wirksamkeit.

Ich meine das nicht sarkastisch, meine Damen und Herren, sondern es ist das der ernstgemeinte Wunsch, dass diese Veränderung diese Wirkung entfalten möge, denn ich glaube, dass das dringend notwendig ist, und das ist mehr als die halbe Maut für das, was wir uns alle wünschen, nämlich eine gedeihliche Entwicklung, ein gutes Leben für möglichst viele Menschen, unabhängig von ihrer Rasse, Nationalität et cetera. Also: Nennen wir das Aufschwung!

Die Entwicklung des BIP und anderer Kennzahlen halte ich nur für bedingt tauglich, um das zu messen, was wir eigentlich unter Aufschwung verstehen, nämlich das Wohlergehen der Menschen. Es gibt da inzwischen bessere oder überarbeitete Indizes wie den BLI, den Better Life Index, der OECD oder den HDI, den Human Development Index der UNO. Ich glaube, man sollte beginnen, auch mit solchen Indizes zu arbeiten, um zu messen, was wir wirklich möchten, wenngleich Zahlen offensichtlich ohnehin relativ bedeutungslos sind, wie es uns der Brexit und das Arbeiten mit solchen Zahlen zeigen.

Aber natürlich erwarten wir uns von Ihnen, Herr Vizekanzler, und von der neuen Regierung mehr als einen Placebo-Effekt. Wir erwarten uns, dass Sie es endlich zustande bringen, dass diese Regierung ihre Hausaufgaben macht, die da sind: erstens eine ökosoziale Steuerreform.

Unter Fachleuten ist es nach Paris mittlerweile unumstritten beziehungsweise hat die letzte Klima-Enquete gezeigt, dass die Dekarbonisierung der Wirtschaft, also raus aus Öl und Gas, bis 2050 notwendig ist. Wir als entwickelte Nation sollten schon 2030 so weit sein. Aber das wird nur mit einer entsprechenden ökosozialen Steuerreform möglich sein. In Österreich fließen nach wie vor viele Fördermittel in das fossile System. Über 4 Milliarden € an Fördermitteln fließen in das fossile System, und das muss geändert werden.

Auf der anderen Seite ist es dringend notwendig, die Steuern auf Arbeit abzubauen. Die sind international gesehen viel zu hoch. Die letzte Reform war da viel zu schwach. Es gibt mit einer gut gemachten ökosozialen Steuerreform ein Umsteuervolumen von über 4 Milliarden € aufkommensneutral. Es sind die Schadstoffverursacher und die Ressourcenverschwender viel zu niedrig besteuert, und zwar auch im internationalen Vergleich. Da liegen wir im unteren Drittel. Während wir bei der Arbeitsbesteuerung ganz vorne sind, liegen wir bei der Ressourcenbesteuerung und bei der Umweltbesteuerung im unteren Drittel. – Das wäre der erste Punkt.

Der zweite wichtige Punkt heißt Verwaltungsreform und Deregulierung. Der scheidende Rechnungshofpräsident hat ja 1 007 Vorschläge vorgelegt, ein dickes, umfangreiches Konvolut, wo man sieht, dass die Potenziale in diesem Bereich wirklich groß sind. Aber das ist nicht nur unter dem Aspekt „Einsparungen“ zu sehen, sondern das ist sehr viel umfangreicher, sehr viel komplexer, sehr viel wichtiger. Und ich bitte Sie dringend: Beginnen Sie diese Dinge abzuarbeiten!

Mich stimmen die Vorgänge rund um den neuen Finanzausgleich sehr pessimistisch, ich bezweifle, dass da wirklich etwas Substantielles weitergehen könnte. Wir haben im Prinzip in unserem föderalen Staat ja ein ähnliches Problem wie in der EU: Jeder ist zuerst Salzburger, Kärntner, Tiroler, aber wenn es Probleme gibt, ist es Wien – als Zentrale, nicht als Bundesland. Und Wien ist der Überzeugung, es auf alle Fälle besser zu können und auch mit entsprechender Kontrolle und so weiter arbeiten zu müssen.

Ich bin mittlerweile der Überzeugung, man sollte endlich Psychotherapeuten hier heranlassen (*Heiterkeit*), um die Beziehungen zwischen Zentrale oder übergeordneter Einheit und den Subsystemen zu verbessern und um dort von Konkurrenz zu Kooperation zu kommen, um die Emotionen, die mit dem Nationenbegriff verbunden sind, positiver umzulenken – aber auch, um zum Beispiel Probleme zu lösen wie die zwischen Boris Johnson und Cameron. Man bedenke nur, dass da eine Männerfeindschaft, die auf Schulzeiten zurückgeht, die ganze EU und ganz Großbritannien in Geiselnimmt oder genommen hat.

Von Ihnen, Herr Vizekanzler, und von der Regierung erwarte ich mir, dass wenigstens ein Bruchteil dieser Vorschläge abgearbeitet wird, um uns zukunftsfit zu machen. Das Ganze wird ja nicht nur vom Rechnungshof vorgeschlagen, sondern auch von der Europäischen Kommission, vom IWF, vom Wifo, vom IHS, alles nicht grüne Organisationen. Wir brauchen eine Straffung und eine Transparenz der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Wir brauchen eine Verschlinkung der Strukturen in den Schlüsselbereichen Bildung, Pensionen, Gesundheit, Soziales, Forschung und Förderung, damit die öffentlichen Mittel tatsächlich bei den BürgerInnen ankommen, im Bildungssystem in der Klasse bei den Lehrern ankommen, im Gesundheitssystem bei den dort Beschäftigten und bei den Patienten ankommen und nicht wie derzeit in veralteten Strukturen versickern.

Wir brauchen das auch, um Luft und Geld freizubekommen, um zum Beispiel die FTI-Strategie umzusetzen, um in den Bereichen Forschung, Technologie und Innovation im europäischen und internationalen Vergleich nicht weiter abzurutschen. Es ist dies eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, allerdings mit einer erheblichen Finanzierungslücke.

Ich habe mich ganz bewusst auf Punkte beschränkt, die von der Regierung erledigt werden könnten und müssten. Es gibt natürlich viel schwierigere Fragen, wie zum Beispiel, dass wir eine neue Finanzmarktarchitektur brauchen, dass die Finanzwirtschaft endlich wieder der Realwirtschaft dienen muss, dass wir eine andere internationale Entwicklungsarbeit und –zusammenarbeit brauchen, um den Migrationsströmen eben etwas Besseres entgegenzusetzen als geschlossene Grenzen, Fragen der Entwicklung der Care Economy oder die demografische Herausforderung. Ich habe mich ganz bewusst auf zwei Dinge beschränkt, die die Regierung erledigen könnte – auch mit unserer Hilfe –, eben eine ökosoziale Steuerreform und eine Verwaltungsreform und die damit einhergehende Deregulierung.

Ich bin davon überzeugt, dass die Probleme gelöst werden können. Ich bin gleichfalls davon überzeugt, dass unsere Ausgangsposition nach wie vor eine gute ist, mit einer gut ausgebildeten und auch einer begeisterungsfähigen Bevölkerung, einer motivierbaren Bevölkerung. Und deshalb: Let's do it!, Herr Vizekanzler. – Danke.

(Beifall bei Grünen, ÖVP und SPÖ.)

10.01

Präsident Josef Saller: Zu einer einleitenden Stellungnahme hat sich der Herr Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zu Wort gemeldet. Herr Vizekanzler Dr. Mitterlehner, auch diese Redezeit soll 10 Minuten nicht überschreiten. – Bitte schön.